

■ KuPoGe und DKR: Was sie verbindet und was sie unterscheidet

Bemerkungen zu ihren Geburtstagen

Am 14. September 1981 wurde der Deutsche Kulturrat (DKR) gegründet, zumindest fand an diesem Tag auf Einladung der Kulturpolitischen Gesellschaft, namentlich ihres damaligen Präsidenten Olaf Schwencke, in der Parlamentarischen Versammlung in Bonn ein wichtiges Treffen statt, das letztlich zur Gründung des Deutschen Kulturrates als Dachverband der Kulturverbände geführt hat, nachdem frühere Gründungsinitiativen erfolglos geblieben waren (s. Kasten). Am 31. August hatte der KuPoGe-Vorstand in einer Presseerklärung »Kulturschaffende reagieren mit Gründung eines nationalen Kulturrates«, die große Verbreitung fand, öffentlich darauf aufmerksam gemacht. (s. Dokument auf Seite 11)

Im Juni 1976 war es schon einmal Olaf Schwencke gewesen, der in Hamburg gemeinsam mit vielen anderen Mitstreitern und nachdem seit 1974 in Loccum, Frankfurt/M. und anderswo darüber beraten worden war die Kulturpolitische Gesellschaft gegründet hat. Ihr sollten vor allem Einzelmitglieder angehören, die das Interesse an der Entwicklung einer demokratischen Kulturpolitik verbindet.

Nur fünf Jahre später also, und kaum dass sie selbst schon zu ihrer organisatorischen Struktur gefunden hatte, gab die KuPoGe den Anstoß zur Gründung des zweiten Sparten übergreifenden Netzwerkes. Im September 2011 begehen nun beide Vereinigungen auf unterschiedliche Art ihr jeweiliges Jubiläum: das 30ste und das 35ste. Grund genug, darüber nachzudenken, was beide verbindet und was sie unterscheidet.

Respekt vor der Tradition

Älter gewordene Kollektive (also auch Verbände/Netzwerke) brauchen als Mitgliedschaftsmotivation und außenwirksame Legitimation den Respekt vor der Tradition. Deshalb sind ihnen Jubiläen so wichtig. Bieten sie doch Gelegenheit, sich ihrer Gründungsgeschichten, Erfolge und Selbstverständnisse zu vergewissern und das eine

oder andere vielleicht auch neu zu sehen. Das ist legitim und im konkreten Fall der beiden Geburtstagskinder kann gerade in diesem Punkt auf Gemeinsames verwiesen

die Arbeitnehmervverbände, die zur Mitgliedschaft eingeladen wurden. Nicht nur diese wollten eine solche Interessenvertretung, sondern auch der Bund, namentlich



In die Parlamentarische Gesellschaft in Bonn lud der damalige Präsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft* und MdEP *Dr. Olaf Schwencke* im September 1981 Vertreter der Spitzenverbände aus Kunst und Kultur zur Gründung eines bundesweiten Kulturrates. (Foto: www.deutsches-architektur-forum.de)

werden. So gab es nicht nur eine hohe Schnittmenge bei den Gründungsmitgliedern des Kulturrates und den damaligen KuPoGe-Mitgliedern (s. Kasten), sondern auch eine hohe programmatische und politische Übereinstimmung, die im Grunde – von Einzelfragen abgesehen – bis heute Bestand hat

Unterschiedlich waren indes ihre jeweilige Struktur und Aufgabendefinition. Der Kulturrat war gedacht als Dachverband, der die Interessen der Kulturschaffenden vertreten und sich als ihr Sprachrohr verstehen sollte. Dabei waren es zunächst nur

der damalige Innenminister Gerhard Baum, der jetzt schon seit vielen Jahren Vorsitzender des Kulturrates Nordrhein-Westfalen ist. Mittlerweile hat sich das Mitgliedschaftsspektrum über den Kreis der gewerkschaftlichen Verbände hinaus stark erweitert, was die Formulierung gemeinsamer Positionen nicht unbedingt erleichtert hat. Die Kulturpolitische Gesellschaft rekrutierte ihre Einzelmitglieder dagegen sowohl aus den kulturellen Institutionen und Praxisfeldern als auch aus den Strukturen der Kulturpolitik und wollte mit ihnen eine reformorientierte Kulturpolitik durchsetzen. Ihr Bezugsfeld sind alle kulturpolitischen Ebenen, insbesondere jedoch die Kommunen.

Der Kulturrat konzentrierte sich also auf Interessenvertretung, während die Kulturpolitische Gesellschaft sich eher als Agentur für den kulturpolitischen Diskurs verstand.



Kulturpolitische Gesellschaft aktuell
www.kupoge.de

Publikationen – Nachrichten – Chronik – Bibliografie – weiterführende Links –
Informationen über die Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

KULTURPOLITISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Präsident Dr. Olaf Schwencke, MdEP, Bonn-Strasbourg

Vizepräsidenten
Dr. Karla Fohrbeck,
Zentrum für Kulturforschung, Bonn
Sieghard Hommel,
Kulturzentrum Stadt Osnabrück
Walter Sester,
Sanierungsbeauftragter von Hamburg-Altona

Beisitzer
Prof. Dr. Dieter Baacke,
Universität Bielefeld
Carola von Braun-Solzer, MdB,
Rheinland-Pfalz
Manfred Dammeyer, MdB,
Oberhausen
Berni Diekmann,
Kulturzentrum Stadt Düsseldorf
Dr. Walter Grasskamp,
Universität Wuppertal, Aachen

Dr. Michael Haerdtler,
Lehrer Kunstverhau Breznanen, Berlin
Dr. Dieter Hoffmann,
Hörsches Museum, Frankfurt
Dr. Dieter Kramer,
Deutsches Kultur und Freizeit,
Stadt Frankfurt
Dr. Wolf Peter Schütz,
Kulturzentrum Erlangen
Aasi Sedlach,
Lehrer Kulturamt Stadt Ulm
Beisitzer und Geschäftsführer
Dr. Ailona Spethoff, Journalist, Dortmund

Sekretariat
Kolumbastraße 5, 5000 Köln 1
(0221) 238223

Presseerklärung

31.8.1981 Bonn

KULTURSCHAFFENDE REAGIEREN MIT GRÜNDUNG EINES NATIONALEN KULTURRATES

Zu den Protesten gegen eine Gefährdung des Kulturstaats erklärt die Kulturpolitische Gesellschaft:

In knappen Zeiten zeigt sich, was Kabinette und Parlamente für unwichtig halten:

In Frankreich sind Pelze, Luxushotels und Motor-yachten höher besteuert worden. In der Bundesrepublik Deutschland aber sind es neben dem Sekt auch alle Kulturgüter des täglichen Lebens wie Bücher, Zeitschriften und Kunst.

Zum verzichtbaren Luxus zählen außerdem Bibliotheken, Museen, Stadtteilzentren, Theater, Volkshochschulen und Einrichtungen der Künstlerförderung. Sie werden so zurückgestutzt, daß sie gerade auf die besonders lebendigen und gegenwartsbezogenen Bereiche ihrer Arbeit verzichten müssen.

Möglich war dies nur deswegen, weil alle staats-tragenden Parteien ein Gesellschaftsbild haben, in dem die Kultur keinen politischen Platz hat.

Die Verantwortlichen geben sich außerdem der trügerischen Hoffnung hin, die Kultur bleibe eine besonders schwache Stelle im System und mit dem Widerstand einer kulturpolitischen Lobby sei ohnehin nicht zu rechnen.

Oder fürchtet man insgeheim doch die politische Brisanz von Kultur?

- 2 -

- 2 -

Aber auch Technokraten sollten inzwischen begriffen haben, daß es billiger ist, selbstverwaltete Jugendzentren zu finanzieren als Züricher Zustände zu provozieren, und daß es günstiger sein dürfte, im sozio-kulturellen Bereich selbstorganisierte Arbeitsplätze und Aufgabefelder zu unterstützen als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Künstler sowie die kleine wie große Kulturwirtschaft gefährdet mit Sicherheit zahlreiche billige und umweltfreundliche Arbeitsplätze, von anderen Folgekosten zu schweigen. Und auch Politiker, die nur noch auf ökonomische Argumente hören, sollten einsehen, daß die einzige Industrie, die - neben der Rüstungs- nicht von den Grenzen des Wachstums bedroht ist, die Freizeit- und Kulturindustrie ist.

Darüber hinaus leuchtet es inzwischen jedermann ein, daß sowohl der persönliche Anspruch auf Glück und Selbstverwirklichung wie der öffentliche Anspruch auf Lebenszusammenhang und politische Mitwirkung im Alltag die kulturelle Arbeit braucht. Und auch die Arbeitswelt wird sich künftig vermehrt auf kreative kulturelle Leistungen stützen.

Diese neue Bedeutung von Kultur kann auch mit wachsendem Rückhalt in breiten Bevölkerungskreisen rechnen. Um diese Entwicklung abzusichern wird sich nach dem Vorbild der Niederlande und Skandinaviens ein bundesweiter nationaler Kulturrat bilden. Gemeinsam mit den großen kulturellen Organisationen dieses Landes hat die Kulturpolitische Gesellschaft die Initiative ergriffen.

Beiden gemeinsam ist wiederum der Anspruch, das gesamte Feld des Kulturellen im Blick zu haben.

Nähe und Distanz

Diese Arbeitsteilung war im Grunde auch sinnvoll und hat bei allen Irritationen und Eifersüchteleien, die es in jeder Beziehung gibt, auch ganz gut funktioniert. Beide Organisationen sind in den letzten zwei Jahrzehnten gewachsen, haben ihr Profil geschärft und sich Anerkennung verschafft. Dass dies so ist, hat mit ihrem besonderen Verhältnis von Nähe und Distanz zu tun, man kann auch sagen, mit ihrer Unabhängigkeit und mit ihrem strikten Beharren darauf, sich nicht vereinnahmen oder bevormunden zu lassen. Wenn nicht alles täuscht, wird dieses Selbstbewusstsein in Zukunft noch stärker gefordert sein. Denn die Versuche staatlicher Stellen, sich nicht der Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure zu vergewissern, sondern sie sich auch dienstbar und sie abhängig zu machen, haben leider nicht abgenommen. Dagegen helfen nur ein starkes Selbstbewusstsein und die Solidarität der zivilgesellschaftlichen Akteure.

Andererseits müssen sich Verbände, wenn sie als Mittler und intermediäre Instanzen wirken wollen, stets auch ihrer Basis und gesellschaftlichen Verankerung vergewiss-

ern. Auch in dieser Frage gilt es, auf der Hut zu sein. Denn immer weniger Menschen wollen sich vertreten lassen und engagieren sich in Organisationen, die sich dieser Aufgabe verschrieben haben. Es scheint, als komme es gegenwärtig wieder mehr darauf an, Interessen zu suchen und zu formulieren, bevor man sie vertreten kann. Darauf müssen sich die Verbände einstellen, auch der Deutsche Kulturrat und auch die Kulturpolitische Gesellschaft. Wenn sie

dies beherzigen, sollte dem nichts entgegenstehen, dass sie auch ihre nächsten Jubiläen feiern können.

Norbert Sievers

P.S.: Der Verfasser ist Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft und hat viele Jahre den Rat für Soziokultur des Deutschen Kulturrates organisatorisch betreut, dessen stellvertretender Sprecher er ebenfalls war.

Notiz zur Gründungsgeschichte des Deutschen Kulturrates

An der Initiative zur Gründung eines deutschen Kulturrates haben viele Akteure mitgewirkt. Der Bund Deutscher Kunstverleiher hatte bereits im Frühjahr 1981 zu einer »Kultuepolitischen Konferenz« nach Hannover eingeladen, um die Möglichkeiten einer verbandsübergreifenden kulturpolitischen Lobby zu diskutieren. Dieser Initiative war jedoch der Erfolg versagt; eine zweite Konferenz, die für Mai des Jahres geplant war, kam mangels Teilnehmer nicht zustande. Daraufhin fragte der BDK bei der Kulturpolitischen Gesellschaft an, ob sie bereit sei, die Initiative in einer »konzertierten Aktion« noch einmal zu wiederholen, was die KuPoGe dann auf ihrer Vorstandssitzung am 22. Juni 1981 beschlossen hat und dann - nachdem weitere Verbände und Akteure ihre Zustimmung zur Gründungsinitiative der KuPoGe signalisiert hatten - auch schnell umgesetzt hat. Von den 32 Teilnehmern an der Gründungskonferenz am 14. September 1981 waren 14 KuPoGe-Mitglieder, unter ihnen u.a. Karla Fohrbeck (damals KuPoGe-Vize-Präsidentin) und Andreas Wiesand (ebenfalls ein ehemaliger KuPoGe-Vize-Präsident), die sicherlich als wichtigste Promotoren bei der Gründung des DKR gelten dürfen (s. auch das Interview mit ihnen in der Zeitung des Deutschen Kulturrates PUK, Ausgabe September/Oktober 2011, S. 8f.).

Offensichtlich war es ein Vorteil, dass ein »Verband« den Gründungsanstoß für den Deutschen Kulturrat gab, der selbst keine definierten Interessen vertrat und deshalb auch kein Konkurrent auf dem Einflussmarkt der Kulturverbände war.